

# Sozialstaat Österreich: Kontinuität und Wandel in Zeiten von Krisen

## Editorial

Markus Griesser<sup>1</sup>

Vor dem Hintergrund dessen, was als multiple bzw. Vielfachkrise diskutiert wird, aktualisiert sich heute auf neue Art und Weise der von Claus Offe (1984: 153) konstatierte – und von Bob Jessop (2002: 275 f.) „historisierte“ – Widerspruch, wonach der Kapitalismus nicht mit dem Wohlfahrtsstaat koexistieren, aber auch nicht ohne ihn bestehen könne. Entsprechend wird aktuell einmal mehr darum gerungen, wie mit diesem Widerspruch – Eduard Heimann (1980 [1929]: 167–172) sprach in diesem Sinn frühzeitig vom „konservativ-revolutionären Doppelwesen“ der Sozialpolitik im Kapitalismus – zukünftig zu verfahren ist; das heißt, wie die Widersprüche im Verhältnis zwischen kapitalistischer Akkumulation und sozialstaatlicher Regulation temporär eingehegt werden können. Eine offene Frage dabei ist, ob die etablierten sozialstaatlichen Arrangements dafür ein adäquates Instrumentarium zur Verfügung stellen, oder ob dies einen mehr oder weniger weitreichenden Wandel erfordert.

Klar jedenfalls scheint, dass die krisenhaften Entwicklungen der letzten Jahre zwischen COVID-19-Pandemie und Teuerungskrise auch am österreichischen Wohlfahrtsstaat nicht spurlos vorübergegangen sind. Trotz der Dominanz von zeitlich befristeten, diskretionären Maßnahmen und Einmalhilfen (u.a. Fink in diesem Heft; Soukup/Heitzmann 2023) wurden in den verschiedenen Sozialpolitikfeldern unterschiedliche Wege der Krisenbearbeitung beschritten. Vor diesem Hintergrund drängt sich die Frage nach der aktuellen Lage und möglichen Perspektiven des österreichischen Sozialstaats auf: Wie konkret wurde in Feldern wie etwa der Langzeitpflege oder Arbeitsmarktpolitik auf die angesprochenen Krisenphänomene reagiert, und welche Tendenzen zeichnen sich ab? Inwiefern ist die Entwicklung des Wohlfahrtsstaats dabei allen Krisen zum Trotz weiterhin zentral durch Kontinuität gekennzeichnet, und wo dominieren Wandlungsprozesse? Verdichten sich aktuelle Krisendynamiken gar zu einem Wendepunkt (critical juncture), der einen radikalen Politikwechsel möglich erscheinen lässt? Und falls ja, treten wir damit in eine neue Phase sozialstaatlicher Entwicklung ein, die eine Abkehr von etablierten Pfaden bedingt? Auf diese und ähnliche Fragen versucht Heft 2/2023 des *Kurswechsel* Antworten zu geben.

Im vorliegenden Editorial werden mit Verweis auf Beiträge der vergleichenden Sozialstaatsforschung (*Teil I*) sowie auf Forschungen zum österreichischen Wohlfahrtsstaat (*Teil II*) der Kontext der Debatte um „Kontinuität vs. Wandel“ skizziert und die einzelnen Heftbeiträge vorgestellt (*Teil III*).

## I. Typenbildung und Periodisierung des Wohlfahrtsstaats

In Bezug auf die Geschichte des Sozialstaats in den kapitalistischen Zentren wird in der Literatur eine Form der Periodisierung vorgeschlagen, die von einer *Konstitutionsphase* (ca. von den 1880ern bis zum Ersten Weltkrieg) und einer *Konsolidierungsphase* (in der Zwischenkriegszeit) ausgeht, an die sich eine *Rekonstitutionsphase* (ca. von den 1950ern bis Mitte der 1970er) anschließt, die häufig als das „Goldene Zeitalter des Wohlfahrtsstaats“ bezeichnet wird. Die Ölpreisschocks Mitte/Ende der 1970er Jahre, die (symbolisch) das Ende der langen Nachkriegsprosperität markierten, gelten schließlich als Ausgangspunkte einer letzten, der *Restrukturierungsphase* des Sozialstaats (einführend u.a. Pierson 2006). Letztere Phase ist durch ökonomisch krisenhafte Prozesse und sozial-strukturelle Veränderungen (z.B. demografische Verschiebungen, ökonomischer Strukturwandel) gekennzeichnet, die sich restringierend auf die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung auswirken. Überblicksdarstellungen zu dieser Entwicklungsphase des Sozialstaats tragen daher häufig Titel wie „Sozialpolitik in Hard Times“ (Häusermann et al. 2019).

Was diese letzte Phase anbelangt, betonen manche Autor\*innen unter Verweis auf Faktoren wie die transformierten politökonomischen Rahmenbedingungen, die veränderten politischen Kräfteverhältnisse oder den verstärkten Einfluss neo- bzw. marktliberaler Ideologien einen substanziellen Rückbau des Sozialstaats (stellvertretend etwa Allan/Scruggs 2004), v.a. jedoch dessen restriktiven Umbau (stellvertretend etwa Jessop 2002). Demgegenüber akzentuieren die in der (v.a. politikwissenschaftlichen) Wohlfahrtsstaatsforschung zentralen neo-institutionalistischen Ansätze eine Kontinuität und Stabilität sozialstaatlicher Entwicklung.<sup>2</sup> Dies betrifft, wie im Folgenden anhand zweier wichtiger Beiträge zur Debatte skizziert werden soll, sowohl die historische Dimension im Sinne einer Kontinuität zwischen Rekonstitutions- und Restrukturierungsphase, als auch die international-vergleichende Dimension im Sinne der Stabilität unterschiedlicher Wohlfahrtsregime (siehe auch Pierson 2006: 171 ff.).

Was die erstgenannte Dimension betrifft, hat Paul Pierson (1994) in seiner einflussreichen Studie „Dismantling the Welfare State?“ eine solche Kontinuität am Beispiel von Margaret Thatcher und Ronald Reagan untersucht; konkret indem er danach fragte, weshalb es in der Regierungszeit von Thatcher bzw. Reagan trotz ideologischer Frontalangriffe auf den britischen bzw. US-amerikanischen Sozialstaat letztlich bei moderaten Rückbauten blieb. Seine Antwort darauf besteht zentral darin, dass der Wohlfahrtsstaat selbst, konkret mit ihm verbundene institutionelle Mechanismen wie Policy-Feedbacks und Pfadabhängigkeiten als stabilisierende Faktoren fungierten. Solche Faktoren aber seien bei der Analyse sozialpolitischer Entwicklungen in der Restrukturierungsphase in Rechnung zu stellen, weil diese sich gerade dadurch von den vorangegangenen expansiven Phasen unterscheiden. Die dargelegte Beharrungskraft der Institutionen gehe nämlich (zumindest in den sozialstaatlichen Kernbereichen) mit starken Interessengruppen zu ihrer Verteidigung und einer breiten Unterstützungsbasis in der Bevölkerung einher, was Regierungen im Sinne der „blame avoidance“ vor weitreichenden Einschnitten zurückschrecken lasse.

In Bezug auf die zweitgenannte Dimension steht die relative Stabilität verschiedener Wohlfahrtsregime im Zentrum, wie sie etwa Gøsta Esping-Andersen (1990) in „The Three Worlds of Welfare Capitalism“ betont. Wenngleich dieser – der Machtressourcen-

theorie folgend – die Bedeutung von Faktoren wie der Mobilisierung von Machtressourcen durch sowie der Bildung von Koalitionen zwischen verschiedenen Klassen für die Herausbildung unterschiedlicher Wohlfahrtsregime unterstreicht, ist es v.a. der dritte von ihm benannte Faktor, das „historische Erbe der Regimeinstitutionalisierung“ (ebd.: 29), der deren weitere Entwicklung prägt. Esping-Andersen geht nämlich, wie es Jens Borchert (1998: 144) formulierte, von einer „Theorie des ‚big bang‘“ aus, der zufolge Sozialstaaten in der Konstitutionsphase auf bestimmte Entwicklungspfade gebracht werden, denen sie von da an folgen. Die von ihm als *liberal*, *konservativ-korporatistisch* bzw. *sozialdemokratisch* klassifizierten Wohlfahrtsstaaten bleiben dies i.d.R. also über alle Entwicklungsphasen hinweg, was in dem von ihm (v.a. mit Blick auf das konservative Regime) geprägten Bild einer „frozen‘ welfare state landscape“ (Esping-Andersen 1996: 24) zum Ausdruck kommt.

Anhand der beiden Beispiele wird deutlich, warum in Bezug auf die Geschichte des Wohlfahrtsstaats aus neo-institutionalistischer Perspektive Kontinuität im Sinne *pfadabhängiger* Entwicklung dominiert. Pierson (2000) erklärt dies u.a. über Selbstverstärkungseffekte (im Sinne von „increasing returns“), die den relativen Nutzen bestimmter bzw. die relativen Kosten alternativer Entscheidungen mit der Zeit in selbstverstärkender Weise erhöhen und darüber (radikalen) Wandel zunehmend unwahrscheinlicher machen. Perspektiven auf die Frage nach Kontinuität oder Wandel in der Literatur zur Entwicklung des österreichischen Sozialstaats werden im Folgenden skizziert.

## 2. Kontinuität und Wandel des österreichischen Wohlfahrtsstaats

Gemäß der Typologie Esping-Andersens wird der österreichische Sozialstaat in international-vergleichender Perspektive dem – am Bismarck’schen Sozialversicherungsmodell orientierten – „konservativen“ bzw. „konservativ-korporatistischen“ Typ zugeordnet (u.a. Badelt/Österle 2001: 1; Soukup/Heitzmann 2023: 11). In historischer Perspektive ist damit häufig die Annahme von Kontinuität im Sinne pfadabhängiger Entwicklung verbunden. Dabei wird insbesondere mit Blick auf verschiedene Makroindikatoren u.a. hinsichtlich der Bismarck’schen Strukturmerkmale in Bezug auf sozialstaatliche Ausgaben und Outputs (z.B. Beitrags- statt Steuerfinanzierung; Transfer- statt Dienstleistungsorientierung) die Kontinuität – und in Bezug auf die Outcomes die Leistungsfähigkeit – des österreichischen Sozialstaats betont (u.a. Obinger 2015; Tálos/Obinger 2020: 146 ff.).

Anstatt einen radikalen, an bestimmten Ideen (z.B. Neoliberalismus) orientierten Politikwandel zu vollziehen, würden solche Ideen in Österreich zwar aufgegriffen, letztlich jedoch „austrifiziert“ – also an den konservativen Entwicklungspfad adaptiert –, weshalb Wandel hier allenfalls in inkrementeller Form passiere (Österle/Heitzmann 2019: 27 f./35). Das gilt auch für die Fortdauer eines „starken Ernährer-Modells“ (strong male-breadwinner model) (Lewis 1992) – das heißt, sozialstaatliche Regelungen in Österreich begünstigen auch weiterhin ein auf männlicher Erwerbs- und weiblicher Haus- bzw. Sorgearbeit beruhendes Geschlechterarrangement (u.a. Mairhuber 2000: 22) –, das allenfalls in Richtung eines „Eineinhalb-Verdiener-Modells“ (Lewis 2004: 70) fortentwickelt wurde (u.a. Hermann/Flecker 2009: 41).

Nichtsdestotrotz findet die oben dargestellte Periodisierung der Geschichte des Wohlfahrtsstaats auch in der Literatur zur Entwicklung des österreichischen Sozialstaats eine Entsprechung (u.a. Tálos 1981, 2013). Das gilt nicht zuletzt für die Unterteilung der Nachkriegsgeschichte in eine Rekonstitutionsphase, die durch einen massiven Auf- und Ausbau des Sozialstaats gekennzeichnet war, und eine durch Stagnation und Umbau charakterisierte Restrukturierungsphase (u.a. ebd.: 337 ff.; Tálos 2005). Allenfalls wird der Beginn letzterer Phase dabei mit Blick auf den Sozialstaat Österreich – u.a. aufgrund des seitens der SPÖ-Alleinregierung betriebenen Krisenmanagements und weiterhin expansiver wohlfahrtsstaatlicher Trends während der 1970er Jahre – mit Anfang bzw. Mitte der 1980er etwas später angesetzt (u.a. Obinger/Tálos 2010: 104 ff.).

Zudem werden im Zusammenhang mit der Restrukturierungsphase mehrere Etappen unterschieden. So differenzieren z.B. Obinger und Tálos (2010: 108 ff.) bzw. Tálos (2005: 39 f.) zwei Phasen: nämlich eine bis Ende der 1990er andauernde Phase pragmatischer Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen; und eine zu Beginn der 2000er einsetzende Phase der Unterordnung von Sozialpolitik unter die Prinzipien von Austerität und Wettbewerbsfähigkeit. In erstgenannter Phase gewannen v.a. im Vorfeld des EU-Beitritts zwar bereits Strategien der Kosteneindämmung an Bedeutung, wobei es vereinzelt auch noch zu Erweiterungen kam, wie etwa die Etablierung der Langzeitpflege als eigenständiges Politikfeld u.a. mit dem 1993 eingeführten Pflegegeld zeigt. In der letztgenannten Phase dominierten Rück- und teils strukturelle Umbauten, wofür exemplarisch die Pensionsreformen der Jahre 2003 ff. stehen.

(Implizit) orientiert an der Parteiendifferenzhypothese, die in der jeweiligen parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung den entscheidenden Faktor der Sozialpolitikentwicklung sieht (u.a. Zohlhoyer 2003), wird zudem von verschiedenen Autor\*innen ein Wandel je nach Regierungskonstellation konstatiert (u.a. Österle/Heitzmann 2019: 22 f.; Tálos/Obinger 2020). Für die jüngste Entwicklungsphase des österreichischen Sozialstaats, die wesentlich durch krisenhafte ökonomische Rahmenbedingungen gekennzeichnet war (u.a. Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007/08; COVID-19-Pandemie ab 2020), impliziert das eine durch partielle Erweiterungen gekennzeichnete Phase unter der SPÖ/ÖVP-Regierung (2007–2017) sowie eine durch restriktiven Umbau charakterisierte Phase unter der ÖVP/FPÖ-Regierung (2017–2019) (u.a. ebd.: 45 ff.), wobei die Phase ab 2020 wesentlich durch eine in vielen Sozialpolitikbereichen (u.a. Arbeitsmarkt- und Mindestsicherungspolitik) evidente wechselseitige Blockade zwischen den beiden Regierungsparteien ÖVP und Grüne gekennzeichnet sei (u.a. Tálos, Fink bzw. Leibetseder in diesem Heft).

Während für die 2023 aktuelle schwarz-grüne Regierung also vor diesem Hintergrund v.a. eine zumindest partielle Stagnation sozialstaatlicher Entwicklung angenommen wird, werden den schwarz-blauen Regierungskonstellationen Wandlungen des Wohlfahrtsstaats zugeschrieben, die mit weitreichenden Abweichungen vom bisherigen Entwicklungspfad verbunden waren. So sehen etwa Rathgeb und Gruber-Risak (2021: 58 f.) zwei zentrale Abweichungen, die unter der 2017–2019 bestehenden ÖVP/FPÖ-Regierung vollzogen wurden: einerseits die unter wohlfahrtschauvinistischen Vorzeichen umgesetzten Reformen (u.a. Sozialhilfe Neu; Indexierung der Familienbeihilfe), die zentral auf einen eingeschränkten Zugang zu sozialen Rechten für Migrant\*innen und Geflüchtete abzielten (u.a. auch Atzmüller et al. 2020); andererseits jene Reformen (u.a. Gesundheitskassenreform; Reform der Arbeitszeitregelungen), die

wesentlich einen Angriff auf institutionalisierte Formen gewerkschaftlicher Macht intendierten (u.a. auch Tálós/Obinger 2019: 249 ff.).

Was die mit Blick auf die verschiedenen als konservativ klassifizierten Wohlfahrtsstaaten Kontinentaleuropas (u.a. Deutschland, Frankreich, Belgien) formulierte These eines „Long Goodbye to Bismarck“ im Sinne ihres weitreichenden Wandels betrifft (u.a. Palier 2021), sind in der Literatur zu Österreich unterschiedliche Positionen feststellbar. So kamen etwa Unger und Heitzmann (2003: 384) Anfang der 2000er Jahre noch zum Ergebnis, dass der von ihnen konstatierte (lediglich) inkrementelle Wandel des österreichischen Sozialstaats ihn im Kern „back to Bismarck“ – also zurück zu seinen konservativen Wurzeln, nicht auf andere (bspw. neo-/liberale) Entwicklungspfade – führte. Obinger und Tálós (2010: 123) hingegen sprachen einige Jahre später von „Janus-faced reforms“; die manche Aspekte des Bismarck’schen Erbes vertieften (z.B. Stärkung des Äquivalenzprinzips in der Pensionsversicherung) und andere abschwächten (z.B. Bedeutungsverlust berufsgruppenspezifischer Differenzierungen). Wenngleich daher weiterhin ein konservativer Entwicklungspfad dominiert, kam es doch auch zu mehr oder weniger weitreichenden Abweichungen von diesem Pfad (u.a. Tálós in diesem Heft; Tálós/Obinger 2020: 141 f.; Tálós 2013: 344 f.).

Konkret passierte dies einerseits in Richtung eines sozialdemokratischen bzw. universalistischen Modells, wofür exemplarisch das 1993 eingeführte Pflegegeld steht, das sich – anders als bspw. die deutsche Pflegeversicherung – weniger am Sozialversicherungs- denn vielmehr am Staatsbürger\*innenversorgungs-Prinzip orientiert (u.a. Österle 2013; Trukeschitz/Schneider in diesem Heft). Andererseits jedoch (und vor allem) kam es zu Pfadabweichungen in Richtung eines liberalen bzw. residualen Modells, was exemplarisch in den Pensionsreformen 2003 ff. zum Ausdruck kommt, durch die u.a. vom Prinzip der Lebensstandardsicherung abgegangen wurde (Stichwort: „lebenslanges Durchrechnen“) und private Formen der Alterssicherung eine Aufwertung erfuhren (Stichwort: Drei-Säulen-Modell) (u.a. Mairhuber 2009; Mayrhuber in diesem Heft).

Gerade mit Blick auf die letztgenannten Entwicklungstendenzen verweisen stärker politökonomisch argumentierende Autor\*innen auf einen grundlegenden Wandel bzw. Paradigmenwechsel des „österreichischen Modells“ bzw. des mit ihm verbundenen Sozialstaats während der Restrukturierungsphase, der als kumulativer Langzeiteffekt der zahlreichen kleinen bzw. inkrementellen Veränderungen der letzten Jahrzehnte betrachtet werden könne (u.a. Hermann/Flecker 2009: 42 ff; Mayrhuber 2015: 243).

### 3. Zu den Beiträgen des Heftschwerpunkts

Aus dem dargelegten Forschungsstand zur Frage nach Kontinuität und Wandel des österreichischen Sozialstaats wird nicht zuletzt ersichtlich, dass die Entwicklungen in den verschiedenen Feldern der Sozialpolitik gravierende Unterschiede aufweisen. Dies geht auch aus den Beiträgen des vorliegenden Heftschwerpunkts hervor, der so aufgebaut ist, dass infolge eines Klammertexts von Emmerich Tálós zu übergreifenden Entwicklungen des österreichischen Wohlfahrtsstaats vier konkrete Politikfelder in den Fokus gerückt werden. Wenngleich dabei wichtige sozialpolitische Bereiche wie u.a. Gesundheit, Familie oder Behinderung außen vor bleiben, verspricht vor allem die Heterogenität der vier behandelten Felder (Pensions-, Langzeitpflege-, Arbeitsmarkt-

und Mindestsicherungspolitik) einen kompakten Ein- und Überblick über aktuelle Entwicklungen. Zu den Beiträgen im Einzelnen:

Emmerich Tálos widmet sich in seinem Text in historischer Perspektive rezenten sozialpolitischen Entwicklungen. Dabei legt er dar, wie im ausgehenden 19. Jahrhundert unter konservativen Vorzeichen die Grundlagen des österreichischen Wohlfahrtsstaats etabliert wurden, die in internationalen Vergleichen seine Zuordnung zum konservativen Typ bedingen. Elemente wie Erwerbszentrierung, Lebensstandardsicherung und Berufsgruppenfragmentierung gelten mithin als seine wesentlichen Charakteristika. Vor diesem Hintergrund stellt Tálos die Frage, inwiefern die genannten Kennzeichen auch in der Restrukturierungsphase bestimmend blieben und ob die Entwicklung des österreichischen Wohlfahrtsstaats also auch weiterhin einem konservativen Pfad folgt.

Aufbauend auf einem knappen Abriss der Geschichte der Alterssicherung in Österreich zeigt Christine Mayrhuber, dass in diesem Feld ein zentraler Paradigmenwechsel ab den 1990er Jahren u.a. im Zeichen der „Stärkung individueller Eigenverantwortung“ vollzogen wurde. Dieser bestand jedoch nicht in einer Abkehr vom, sondern in einer Zuspitzung des Sozialversicherungsprinzips, wodurch die Alterssicherung zunehmend in Widerspruch zu strukturellen Veränderungen am Arbeitsmarkt geraten sei. Aus diesem Grund stehe das österreichische Pensionssystem heute auf einer relativ schwachen Finanzierungsbasis, was sich zuletzt im Kontext von COVID-19-Pandemie und Inflationsentwicklung weiter zuspitzte. Vor diesem Hintergrund verweist die Autorin abschließend auf mögliche Reformansätze.

Im Anschluss daran zeigen Birgit Trukeschitz und Ulrike Schneider auf, wie das erst in den 1990er Jahren in seinen Grundzügen etablierte System der Langzeitpflege vor dem Hintergrund aktueller Krisendynamiken (u.a. COVID-19-Pandemie) sowie langfristiger Trends (u.a. demografischer Wandel) zunehmend unter Druck gerät. Auf der Basis einer detaillierten Darstellung der verschiedenen Säulen dieses Systems sowie rezenter Entwicklungen legen sie dar, dass auch die multiplen Krisen der vergangenen Jahre keine tiefgreifenden Transformationen im Bereich der Langzeitpflege nach sich zogen. Mit Blick auf aktuelle Herausforderungen werden daher sechs Reformansätze skizziert, die einen mehr oder weniger grundlegenden Politikwandel bedingen würden.

Das Thema der Arbeitsmarktpolitik rückt daraufhin Marcel Fink in den Fokus. Infolge einer Darstellung der aktuellen Situation am österreichischen Arbeitsmarkt, die einerseits eine rasche Erholung von den mit der COVID-19-Pandemie verbundenen Verwerfungen, andererseits aber auch den Fortbestand zentraler Problemlagen verdeutlicht, gibt er einen Überblick über Entwicklungen im Bereich der aktiven bzw. passiven Arbeitsmarktpolitik. Dabei zeigt er auf, dass die Pandemie auf der Basis einer spezifischen Interpretation zwar weitreichende Reaktionen nach sich zog. Strukturelle Reformen zum Abbau, aber auch zur Vertiefung bestehender Dualisierungen des Arbeitsmarkts blieben jedoch aus, was auf die Veränderungsresistenz des bestehenden arbeitsmarktpolitischen Arrangements verweist.

Abschließend zum Heftschwerpunkt setzt sich Bettina Leibetseder mit dem österreichischen System der Grundsicherung auseinander. Konkret fokussiert sie auf zwei rezente Reformen dieses Systems, nämlich die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung 2010 bzw. des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes 2019, die beide am Ziel einer bundesweiten Vereinheitlichung des untersten sozialen Netzes im österreichischen Sozialstaat scheiterten. Dabei untersucht die Autorin, inwiefern verschiedene in der

Literatur diskutierte Faktoren zur Erklärung dieser Entwicklungen beitragen können. Darauf aufbauend stellt sie die Frage nach zukünftigen Entwicklungsperspektiven und skizziert verschiedene Szenarien, unter denen auch graduelle Verbesserungen im Sinne der Armutsbekämpfung denkbar wären.

Auch das **Debattenforum** des vorliegenden Hefts greift eine Frage auf, die im Kontext von Diskussionen um Kontinuität und Wandel des österreichischen Wohlfahrtsstaats seit dem EU-Beitritt 1995 von zentraler Bedeutung ist (u.a. Mayrhuber 2015). Konkret werden anhand des Beispiels der im Herbst 2022 verabschiedeten Mindestlohnrichtlinie neuere Entwicklungen in der EU und ihre Implikationen für die Sozialpolitik der Mitgliedstaaten diskutiert. Von Relevanz ist das u.a. insofern, als auf europäischer Ebene seit einigen Jahren Initiativen feststellbar sind, die weitreichende Veränderungen in Richtung eines „Sozial(er)en Europas“ zu indizieren scheinen. Die Frage, ob diese vor dem Hintergrund der aktuellen Vielfachkrise vollzogenen Veränderungen auch Indizien für einen radikalen Politikwandel in Richtung einer neuen Phase sozialstaatlicher Entwicklung darstellen, ist dabei offen.

## Anmerkungen

- 1 Für ihre Unterstützung bei der redaktionellen Arbeit an diesem Heft – von der Konzeptentwicklung bis hin zur Begutachtung der Beiträge – danke ich meinen Redaktionskolleg\*innen Julia Hofmann, Oliver Prausmüller und Beat Weber. In Bezug auf die verwendete Terminologie sei zudem darauf hingewiesen, dass die beiden Begriffe „Sozial-“ bzw. „Wohlfahrtsstaat“ in diesem Editorial synonym verwendet werden.
- 2 Neben dem Verweis auf eine Kontinuität und Stabilität der Entwicklung im Sinne des Ausbleibens substantieller Rück- und Abbauten des Sozialstaats im OECD-Raum (sowohl was den – mittels Sozialquote erfassten – Umfang des Sozialstaats als auch was seine – anhand der Höhe zentraler Sozialleistungen erfasste – Generosität betrifft) findet sich in dieser Literatur auch der Verweis auf „neue Wachstumsbranchen“ des Sozialstaats, wie sie bspw. im Zusammenhang mit „Social Investment“-Ansätzen bzw. der Absicherung gegenüber „New Social Risks“ diskutiert werden (einführend u.a. Häusermann et al. 2019).

## Literatur

- Allan, James P./Scruggs, Lyle (2004): Political partisanship and welfare state reform in advanced industrial societies. In: *American Journal of Political Science* 48(3), 496–512.
- Atzmüller, Roland/Knecht, Alban/Bodenstein, Michael (2020): Punishing the Poor and Fighting „Immigration into the Social System“: Welfare Reforms by the Conservative and Far-right Government in Austria 2017–2019. In: *Zeitschrift für Sozialreform* 66(4), 525–552.
- Badelt, Christoph/Österle, August (2001): Grundzüge der Sozialpolitik. Spezieller Teil: Sozialpolitik in Österreich. Wien: Manz.
- Borchert, Jens (1998): Ausgetretene Pfade? Zur Statik und Dynamik wohlfahrtsstaatlicher Regime. In: Lessenich, Stephan/Ostner, Ilona (Hg.): *Welten des Wohlfahrtskapitalismus*. Frankfurt/New York: Campus, 137–176.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Princeton: Princeton University Press.
- Esping-Andersen, Gøsta (1996): After the Golden Age? Welfare State Dilemmas in a Global Economy. In: Ders. (Hg.): *Welfare States in Transition. National Adaptations in Global Economies*. London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage, 1–31.
- Häusermann, Silja/Enggist, Matthias/Pinggera, Michaela (2019): Sozialpolitik in Hard Times. In: Obinger, Herbert/Schmidt, Manfred G. (Hg.): *Handbuch Sozialpolitik*. Wiesbaden: Springer, 33–54.
- Heimann, Eduard (1980 [1929]): *Soziale Theorie des Kapitalismus. Theorie der Sozialpolitik*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

- Hermann, Christoph/Flecker, Jörg (2009): Das „Modell Österreich“ im Wandel. In: Hermann, Christoph/Atzmüller, Roland (Hg.): Die Dynamik des „österreichischen Modells“. Brüche und Kontinuitäten im Beschäftigungs- und Sozialsystem. Berlin: Edition Sigma, 17–44.
- Jessop, Bob (2002): *The Future of the Capitalist State*. Cambridge/Malden: Polity.
- Lewis, Jane (1992): Gender and the Development of Welfare Regimes. In: *Journal of European Social Policy* 2(3), 159–173.
- Lewis, Jane (2004): Auf dem Weg zur „Zwei-Erwerbstätigen“-Familie. In: Leitner, Sigrid/Ostner, Ilona/Schratzenstaller, Margit (Hg.): *Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell?* Wiesbaden: VS Verlag, 62–84.
- Mairhuber, Ingrid (2000): Die Regulierung des Geschlechterverhältnisses im Sozialstaat Österreich. Frankfurt/M.: Peter Lang.
- Mairhuber, Ingrid (2009): Entwicklung der österreichischen Alterssicherung seit den 1980er Jahren. In: Hermann, Christoph/Atzmüller, Roland (Hg.): Die Dynamik des „österreichischen Modells“. Brüche und Kontinuitäten im Beschäftigungs- und Sozialsystem. Berlin: Edition Sigma, 187–211.
- Mayrhuber, Christine (2015): Sozialpolitische Entwicklung in Österreich. In: BEIGEWUM (Hg.): *Politische Ökonomie Österreichs. Kontinuitäten und Veränderungen seit dem EU-Beitritt*. Wien: Mandelbaum, 241–259.
- Obinger, Herbert (2015): Österreichs Sozialstaat im Vergleich internationaler Makrodaten. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 44(1), 1–15.
- Obinger, Herbert/Tálos, Emmerich (2010): Janus-faced Developments in a Prototypical Bismarckian Welfare State: Welfare Reforms in Austria since the 1970s. In: Palier, Bruno (Hg.): *A Long Goodbye to Bismarck? The Politics of Welfare Reforms in Continental Europe*. Amsterdam: Amsterdam University Press, 101–128.
- Offe, Claus (1984): *Contradictions of the Welfare State*. London: Routledge.
- Österle, August (2013): Long-term care reform in Austria: Emergence and development of a new welfare state pillar. In: Ranci, Costanzo/Pavolini, Emmanuele (Hg.): *Reforms in Long-Term Care Policies in Europe. Investigating Institutional Change and Social Impacts*. Berlin: Springer, 159–177.
- Österle, August/Heitzmann, Karin (2019): Austrification in welfare system change? An analysis of welfare system developments in Austria between 1998 and 2018. In: Blum, Sonja/Kuhlmann, Johanna/Schubert, Klaus (Hg.): *Routledge Handbook of European Welfare Systems*. 2nd Edition. London: Routledge, 21–37.
- Palier, Bruno (2021): Continental Western Europe. In: Béland, Daniel/Leibfried, Stephan/Morgan, Kimberly J./Obinger, Herbert/Pierson, Christopher (Hg.): *The Oxford Handbook of the Welfare State*. 2nd Edition. Oxford: Oxford University Press, 826–843.
- Pierson, Christopher (2006 [1991]): *Beyond the Welfare State? The New Political Economy of Welfare*. Third Edition. Cambridge/Malden: Polity.
- Pierson, Paul (1994): *Dismantling the Welfare State? Reagan, Thatcher, and the Politics of Retrenchment*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Pierson, Paul (2000): Increasing Returns, Path Dependence, and the Study of Politics. In: *American Political Science Review* 94(2), 251–267.
- Rathgeb, Philip/Gruber-Risak, Martin (2021): Deserving Austrians first: The impact of the radical right on the Austrian welfare state. In: *Comparative Labor Law and Policy Journal* 42(1), 43–60.
- Soukup, Nikolai/Heitzmann, Karin (2023): Diagnosen zur sozialen Lage und Sozialpolitik in Österreich – und Ansätze für eine progressive Weiterentwicklung des Sozialstaats. In: Buxbaum, Adi/Filipič, Ursula/Pirklbauer, Sybille/Soukup, Nikolai/Wagner, Norman (Hg.): *Soziale Lage und Sozialpolitik in Österreich 2023*. Wien: AK Wien, 5–24.
- Tálos, Emmerich (1981): *Staatliche Sozialpolitik in Österreich*. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik.
- Tálos, Emmerich (2005): *Vom Siegeszug zum Rückzug. Sozialstaat Österreich 1945–2005*. Innsbruck: Studienverlag.
- Tálos, Emmerich (2013): Bestimmungsfaktoren der Sozialpolitik. Am Beispiel des österreichischen Sozialstaates. In: Armingeon, Klaus (Hg.): *Staatstätigkeiten, Parteien und Demokratie*. Wiesbaden: Springer, 331–352.
- Tálos, Emmerich/Obinger, Herbert (2019): Schwarz-blaue Sozialpolitik. Der österreichische Sozialstaat unter Druck. In: Tálos, Emmerich (Hg.): *Die Schwarz-Blaue Wende in Österreich: Eine Bilanz*. Wien: LIT, 231–257.
- Tálos, Emmerich/Obinger, Herbert (2020): *Sozialstaat Österreich (1945–2020)*. Entwicklungen, Maßnahmen, internationale Verortung. Innsbruck: Studienverlag.
- Unger, Brigitte/Heitzmann, Karin (2003): The Adjustment Path of the Austrian Welfare State: Back to Bismarck? In: *Journal of European Social Policy* 13 (4), 371–387.
- Zohlhöfer, Reimut (2003): Der Einfluss von Parteien und Institutionen auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik. In: Obinger, Herbert/Wagschal, Uwe/Kittel, Bernhard (Hg.): *Politische Ökonomie. Demokratie und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit*. Wiesbaden: VS Verlag, 47–80.